



Tätigkeitsbericht der Landesgruppe RLP

2023



Inhalt

3 ***Tabeas Tätigkeitsbericht***

5 ***Tobias Tätigkeitsbericht***

7 ***Corinnas Tätigkeitsbericht***

9 ***Armins Tätigkeitsbericht***

11 ***Misbahs Tätigkeitsbericht***

13 ***Karte der Wahlkreise***

Tabeas Tätigkeitsbericht

Digital- und Medienpolitik ist Demokratiepolitik

In 2023 stehen wir weiterhin vor großen digitalen Herausforderungen. Das zeigt auch der Angriff der Hamas auf Israel und der Verbreitung von Gewaltvideos, Deepfakes und Desinformation in sozialen Medien. Es unterstreicht die Notwendigkeit einer strikten Regulierung. Ich habe den Digital Services Act von Anfang an begleitet und arbeite derzeit an der nationalen Umsetzung im Digitale Dienste-Gesetz. Ziel ist eine Balance zwischen der Bekämpfung von illegalen Inhalten und Meinungsfreiheit. Ebenso setze ich mich für effiziente nationale Aufsichtsstrukturen ein und arbeite an umfassenden Lösungen gegen digitale Gewalt und Desinformation wie dem digitalen Gewaltschutzgesetz.

Die rasante Entwicklung von Künstlicher Intelligenz, insbesondere solche wie ChatGPT und Midjourney, stellt eine Herausforderung für den demokratischen Meinungsbildungsprozess dar. So erleichtern Deepfakes die Verbreitung von Desinformation und verstärken vorhandene Diskriminierung. Ich habe zahlreiche Fachgespräche und Podiumsdiskussionen dazu geführt und bleibe am Ball.

Ein besonderes Augenmerk habe ich auf die Arbeitsbedingungen von Content-Moderator:innen gelegt, die dafür sorgen, dass wir keine brutalen Inhalte sehen und so eine wichtige Rolle für unsere Demokratie spielen. Nach einem Eklat um Content-Moderator Cengiz Haksöz, der nach seiner Befragung im von mir geleiteten Digitalausschuss von seinem Arbeitgeber suspendiert wurde, habe ich mich öffentlich für ihn eingesetzt. Auch auf meiner Ausschussreise nach Kenia und Ruanda habe ich Content-Moderator:innen getroffen und mich für faire Arbeitsbedingungen eingesetzt.



Tabea mit Content-Moderator Cengiz Haksöz beim

Mit der KI-Verordnung, die sich im Trilog befindet, arbeite ich an einem weiteren großen Projekt, das einen risikobasierten Ansatz verfolgt, um Grundrechts- und Umweltrisiken zu minimieren und vertrauenswürdige KI zu fördern. Angesichts des steigenden Energieverbrauchs durch Digitalisierung habe ich den Kongress "Nachhaltig by Design – für eine klimaneutrale digitale Zukunft" initiiert und ein Positionspapier dazu veröffentlicht.

Ein Dauerthema im Bereich digitale Infrastruktur ist der Ausbau von Mobilfunk und Breitband, insbesondere der Glasfaser. Hierbei setze ich mich für effiziente Vorgehensweisen und Ressourcenschonung ein und habe die Idee einer "Netzwende" vorgestellt, um den Wettbewerb zwischen Diensteanbietern zu stärken. Außerdem haben wir das Recht auf Versorgung eingeführt und entwickeln dieses weiter.

Zusätzlich zu diesen Themen war ich bei zahlreichen Kongressen u.a. zum digitalen Ehrenamt, habe die Schirmherrschaft für "Politiker*innen sicher im Netz" übernommen und bin Mitautorin eines Buchprojekts zu nachhaltiger Digitalisierung.

Nachhaltiger Verbraucherschutz ist Umweltschutz

Die Ankündigung des Bundesumweltministeriums, Anfang 2024 einen Vorschlag für das Reparaturgesetz vorzulegen, gibt Anlass zur Hoffnung. Dafür habe ich lange gekämpft. Auch auf EU-Ebene könnte das Recht auf Reparatur vor der Europawahl verabschiedet werden. Gemeinsam mit MdEP Anna Cavazzini habe ich Änderungsvorschläge erarbeitet, um das Recht auf Reparatur und mehr Nachhaltigkeit zu stärken. Langlebige Produkte sparen Geld und reduzieren Elektroschrott.

Mit Anna habe in einem Gastbeitrag unsere Vision von einer nachhaltigen Digitalisierung beschrieben und im Rahmen des Digitalkongresses einen Workshop zu "Nachhaltiger Software" organisiert. Mit den neuen Ökodesign-Regeln für Handys und Tablets müssen Hersteller fünf Jahre nach dem Verkauf weiterhin Sicherheitsupdates anbieten. In den kürzlich abgeschlossenen Trilogverhandlungen zur Richtlinie zur Stärkung der Verbraucher:innen in der nachhaltigen Transformation (EMCO) wurden Maßnahmen gegen vorzeitigen Verschleiß von Produkten vereinbart. Wir müssen weiter daran arbeiten, die Obsoleszenz auch auf Software auszudehnen, um Ressourcenverschwendung zu minimieren.

Die Einführung der elektronischen Patientenakte habe ich aus Verbraucher:innen-, Sicherheits- sowie Datenschutzperspektive begleitet, außerdem ein Eckpunktepapier erarbeitet. Auch viele andere Themen wie Fake-Kundenbewertungen, Schufa, den Cyber Resilience und Data Act habe ich auf meiner Agenda, ebenso die neuen Produkthaftungsrichtlinien.

Rheinland-Pfalz und Wahlkreis

Seit unserer Regierungsbeteiligung ist nicht nur das Machen, sondern das Erklären unserer Politik vordringlichste Aufgabe. So habe ich viele Gespräche mit Unternehmen, Verbänden und Vereinen zu unterschiedlichsten Themen geführt – von GEG bis Haushalt. Das hat viele bewegt. Und natürlich war ich auch in diesem Jahr wieder im Rahmen meiner Sommertour im gesamten Bundesland unterwegs, um mit euch gemeinsam tolle Projekte, interessante Unternehmen sowie engagierte Menschen zu besuchen und sich mit ihnen zu den Themen Digitalisierung und Nachhaltigkeit auszutauschen. Ein Teil meiner Arbeit vor Ort sind weiterhin Verkehrsthemen. Hierzu erhalte viele Anfragen und bin in stetem Austausch mit Betroffenen wie Ministerien. Besonders bewegt hat mich in diesem Jahr die Insolvenz der DRK-Krankenhäuser. Gemeinsam haben wir an Lösungsvorschlägen gearbeitet.

Für die anstehenden Europa- und Kommunalwahlen stehe ich bereits in den Startlöchern. Natürlich werde ich Euch sehr gerne unterstützen und freue mich schon jetzt auf die vielen gemeinsamen Wahlkampftermine!

Eure



tabea.roessner@bundestag.de
tabea.roessner.wk@bundestag.de

Berlin: 030 22771697
Mainz: 06131 8924395



Tobias Tätigkeitsbericht

Grüne Außenpolitik – anspruchsvoll und wertegeleitet

Liebe Freundinnen und Freunde,

Seit wir Grüne vor knapp zwei Jahren die Verantwortung im Auswärtigen Amt übernommen haben, haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, den Krisen unserer Zeit mit einer Diplomatie der Menschlichkeit zu begegnen. Die Zahl konfliktbedingter Todesfälle erreichte 2022 den höchsten Stand seit 28 Jahren. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt schmerzlich, dass die territoriale Integrität und Souveränität von Staaten auch heute keine Selbstverständlichkeit sind. Gleichzeitig gewinnen terroristische Gruppen weiterhin Anhänger und begehen Gräueltaten, wie erst kürzlich die Hamas in Israel. Und die Auswirkungen des Klimawandels beschleunigen Konflikte und ihre verheerenden Folgen.

Diese Herausforderungen erfordern eine **anspruchsvolle, wertegeleitete und anpassungsfähige, auch pragmatische Außenpolitik**. Mit der **Nationalen Sicherheitsstrategie** und der **China-Strategie** haben wir dieses Jahr zwei wichtige **ressortübergreifenden Leitfäden** für die sicherheits- und außenpolitische Ausrichtung Deutschlands beschlossen. Die drei zentralen Dimensionen der Nationalen Sicherheitsstrategie sind dabei **Wehrhaftigkeit, Resilienz und Nachhaltigkeit**. Wir definieren Sicherheit umfassend, nach innen und außen sowie auf den einzelnen Menschen ausgerichtet.

Die drängenden globalen Fragen unserer Zeit verlangen nach intensivem Austausch mit unseren internationalen Partnern. Als eine Plattform dafür diente mir die **Generalversammlung der Vereinten Nationen** in New York im September sowie zahlreiche Reisen.

Eine dieser Reisen führte mich kurz nach der Bestätigung der dortigen Regierung in den **Irak**. Ich sprach mit Akteuren vor Ort über die künftige deutsche Unterstützung für die weitere Stabilisierung des Landes sowie die sicherheits- und regionalpolitische Lage. Meine Eindrücke bekräftigten mich gerade wegen der bereits erreichten Fortschritte, als ich vor dem Bundestag erfolgreich für eine Verlängerung des Einsatzes der deutschen Bundeswehr in Irak warb.

Unser verlässliches Engagement bleibt auch in Zeiten des russischen Angriffskrieges gegen die **Ukraine** wichtig. Es vergeht kein Tag, an dem ich mich nicht mit der Lage der Menschen in der Ukraine beschäftige. Bei den Gesprächen und im speziellen bei meinem Besuch in Kyiv, wo die Ukrainer:innen ihren Alltag mit bewundernswerter Resilienz weiterführten, habe ich die Bedeutung unserer uneingeschränkten Solidarität und Unterstützung immer wieder verdeutlicht.

Doch bei allem, was in diesem Jahr passiert ist, **ist mir in diesen Tagen mein Besuch Israels und den palästinensischen Gebieten** im Mai sehr präsent. Ich traf mich mit Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, der Regierung sowie der Opposition. Im Vordergrund der Gespräche standen zu dem Zeitpunkt die intensive Debatte über einen Justizumbau und die anhaltenden Proteste dagegen.

Doch natürlich ging es auch um die angespannte Lage in Ost-Jerusalem und die politische Situation der arabischen Menschen in Israel. Im Westjordanland, in Ramallah, durfte ich mich mit Premierminister Shtayyeh zur Lage der Palästinenser, den Aqaba-Prozess und möglichen Reformwege austauschen.

Nach dem barbarischen Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober kann in dieser düsteren Zeit die Botschaft nur eine der Solidarität und der Freundschaft sein. **Wir stehen fest an der Seite Israels!** Im Auswärtigen Amt setzen wir uns tagtäglich für Freilassung der deutschen Geiseln ein, ermöglichen die Ausreise deutscher Staatsangehöriger und suchen nach Lösungen, um einen Flächenbrand in der Region zu verhindern.

Unmittelbar nach dem 7. Oktober führte mich meine Reiseplanung in den **Oman** zum 27. Gemeinsamen Ministerrat der EU und des Golfkooperationsrats (GKR). Neben der Lage in Nahost, die bei fast allen Terminen ganz oben auf der Agenda stand, wurde sich über die Lage im Jemen und im Iran sowie die gemeinsamen Bemühungen rund um den Klimawandel ausgetauscht.

Vor allem in Zeiten des Krieges bedarf es einer Diplomatie der **Aufrichtigkeit** im Umgang miteinander, des (Zu)**Hörens** aller Seiten, aber auch der **klaren Worte**, die die eigene Haltung widerspiegeln.

Dies gilt nicht nur für die internationale Bühne. Auch bei meiner Arbeit im Wahlkreis ist mir der Kontakt vor Ort, das Zuhören und Zusammenarbeit wichtig. Gerade in einer Grenzregion wie der Südpfalz wird deutlich, welchen großen Einfluss **grenzübergreifende Zusammenarbeit** auf unseren Alltag hat. Im Rahmen ihrer Deutschlandreise durfte ich Annalena im Sommer hier empfangen. Von Wasserversorgung über Rettungseinsätze bis zur Entwicklung von modernster Technologie gemeinsam mit ihr machte ich mir ein Bild über die praktische Ausgestaltung der deutsch-französischen Zusammenarbeit.

Zwei Jahre sind seit der Flutkatastrophe vergangen. Was konnte seitdem für die Menschen getan werden, und welche Lehren ziehen wir aus dieser Katastrophe? Zahlreiche Verbände und Organisationen haben nach der Flut mit unermüdlichem Einsatz Herausragendes geleistet. Beim Technischen Hilfswerk, dem Arbeiter-Samariter-Bund und der Landrätin Cornelia Weigand habe ich mich über die Arbeit nach der Flut sowie ihren Wünschen für eine **bessere Krisenvorsorge** informiert.

Verbände und Organisationen bilden das Rückgrat des **gesellschaftlichen Zusammenhalts**. Viele Ehrenamtliche investieren zahlreiche Stunden in wichtige Arbeit, um unser Zusammenleben besser zu gestalten. Bei meinen Gesprächen war ich stets beeindruckt von der Leidenschaft, mit der sich viele Ehrenamtliche einbringen.

Wenn ihr mehr über meine Arbeit in diesem Jahr erfahren möchtet, könnt ihr dies über meine Internetseite und Social-Media-Kanäle tun.

Euer
Tobias



tobias.lindner@bundestag.de
tobias.lindner.wk@bundestag.de

Berlin: 030 227 79027
Landau: 06341 9959233



2023

6



Corinnas Tätigkeitsbericht

Liebe Freundinnen und Freunde,

erinnert ihr euch noch? Hochmotiviert ist die Ampel vor bald zwei Jahren als „Aufbruchskoalition“ gestartet – bis uns der russische Angriffskrieg auf die Ukraine einem ungeahnten Härtetest unterworfen hat. Die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen dieses Krieges wirken wie eine Zerreißprobe auf die Koalition. Dennoch haben wir als grüner Teil der Regierung einen ziemlich guten Job gemacht und der Koalition wurde von berufener Seite eine passable Halbzeitbilanz bescheinigt: Viele Punkte des Koalitionsvertrags wurden nämlich bereits angepackt.

Trotzdem liegt die gesellschaftliche Stimmung am Boden. Woran liegt das? Es ist immer leicht, den Finger auf andere zu richten. Aber auch wir machen Fehler. Aus denen müssen wir unbedingt lernen. Konsequenter Klimaschutz zu betreiben und die ökologische Transformation der Wirtschaft mit der notwendigen sozialen Flankierung auf den Weg zu bringen, ist eine Mammutaufgabe und erfordert höchste Konsequenz. Wenn man die nicht erkennen lässt, verliert man das Vertrauen der Menschen. Das ist uns beim Gebäudeenergiegesetz passiert. Wir haben Verunsicherung und Abstiegsängste mit befeuert. Der mediale Mythos und die gesellschaftliche Wahrnehmung tendieren inzwischen dazu, grüne Ideen und grüne Politik für alle Probleme und Schwierigkeiten verantwortlich zu machen. Und wie so häufig kulminiert die krisenhafte Situation in der Auseinandersetzung um den Umgang mit geflüchteten Menschen. Der Ruf nach Abschottung und Ausschluss wird immer lauter. Seit dem 7. Oktober stehen wir angesichts des grauenhaften Massakers der Hamas-Schlächter an so vielen Israelis und Menschen jüdischen Glaubens vor einer weiteren Herausforderung enormer Tragweite, die auch das Zusammenleben in Deutschland empfindlich berührt.

Wir haben weiterhin die Aufgabe und Verpflichtung, dieser **Gesellschaft Orientierung zu bieten**. Das tun wir gewiss nicht, indem wir Demagogen auf den Leim gehen und repressiven Scheinlösungen hinterherlaufen! Ich würde euch gern viel mehr über meine grundsätzlichen Überlegungen wissen lassen. Dafür bleibt hier kein Platz. Aber ihr seid herzlich eingeladen, mich darauf anzusprechen oder in eure Kreisverbände einzuladen. Ich meine: Wir müssen als Partei wieder sehr viel **diskussionsfreudiger** werden!

An Antworten auf eine zunehmende Verdrossenheit gegenüber Parteien und staatlichen Institutionen arbeite ich Tag für Tag. Grundvoraussetzung dafür ist, den **Menschen zuzuhören und ihre Kritik und Vorschläge ernsthaft zu bedenken**. Genau deshalb arbeite ich so gerne im Petitionsausschuss, der für ein „nahbares“ Parlament eine enorm wichtige Funktion hat. Dass der Bundestag das massenhafte Morden der Terrororganisation IS an Jesid*innen im Irak als Völkermord anerkannte und den Einsatz der Bundesregierung für die Rechte Julian Assanges' einfordert, geht ebenso auf den Petitionsausschuss zurück wie die Forderung nach einer menschenwürdigen Pflege und der unbürokratischen Versorgung von behinderten Menschen mit Hilfsmitteln. Das Petitionsrecht aus Art. 17 GG, gibt noch viel mehr her. Deshalb habe ich mit meinen Ampel-Kolleg*innen im Ausschuss in den letzten Monaten Vorschläge ausgearbeitet, um das demokratische Potenzial des Petitionswesens zu stärken. Den Maßnahmenkatalog – u.a. Petitionen

2023

ab 100.000 Unterschriften im Plenum zu beraten – haben wir kürzlich per Fraktionsbeschluss bestätigt und werden das so schnell wie möglich umsetzen. In greifbarer Nähe liegt damit die größte Reform des Petitionswesens seit über 20 Jahren.

Die eigentliche Herausforderung ist es, unsere **Infrastruktur funktions-, leistungs- und handlungsfähig** zu machen. Dafür sind massive Investitionen nötig in **inklusive Strukturen, die für alle Menschen** in unserer diversen, vielfältigen und dem demographischen Wandel unterliegenden Gesellschaft funktionieren.

Ein wichtiger Schritt, um diskriminierende Hürden abzubauen und allen Menschen Teilhabe zu ermöglichen, ist die Schaffung eines wirklich inklusiven Arbeitsmarkts. Diesem Ziel folgen wir mit dem „Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts“, das wir im April verabschiedet haben. Wir müssen den Automatismus Von-der-Förderschule-in-die-Werkstatt durchbrechen und die Übergänge aus der Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt erleichtern.

Im August habe ich an der Staatenprüfung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die seit 14 Jahren geltendes Recht in Deutschland ist, teilgenommen. Das Fazit des Fachausschusses war deutlich: Deutschland versagt bei der Inklusion. Deutschland muss den Fokus endlich auf Bildung und Ausbildung richten. Der Bund darf sich nicht aus der Verantwortung stellen, sondern muss die Länder konsequent dabei unterstützen, den Übergang vom Sonderschulmodell zur inklusiven Bildung zu ebnen.

Kommunikation ist auch vor Ort das A und O. Durch ständigen Austausch erfahre ich, wie sich unsere Entscheidungen in Berlin konkret auswirken. Ein Gespräch mit dem Frauennotruf Rheinland-Pfalz zu den Konsequenzen des EU-Asylkompromisses für schutzsuchende Frauen und Menschen auf der Flucht ist da nur ein Beispiel von vielen. Housing-First-Projekte oder innovative Pflege Konzepte zeigen das gesellschaftliche Potenzial. Mit unserer Grünen Jugend diskutiere ich darüber: „Was macht ihr eigentlich für junge Menschen in Berlin?“. Zusammen mit Beschäftigten von Werkstätten für behinderte Menschen habe ich das Format „Inklusion – Wo bleibt sie?“ ins Leben gerufen. Ganz besonders freue ich mich über die **erste Folge des Podcasts „Einfach Leben“**. Die ging Ende September an den Start. Alf Keilen, Verkehrsexperte und Stadtführer in Trier, und ich wollen darin auf einfache, verständliche Art mit unseren jeweiligen Gästen die große Politik aus Bund, Europa und der Welt herunterbrechen. In der ersten Ausgabe „Der beste ÖPNV der Welt“ sprachen wir mit dem luxemburgischen Verkehrsminister François Bausch über den gut ausgebauten, kostenlosen Nahverkehr in Luxemburg. In der nächsten Folge geht es um barrierefreies, bezahlbares Wohnen für alle.

Eure

Corinna



corinna.rueffer@bundestag.de
corina.rueffer.ma02@bundestag.de

Berlin: 030 227 72040
Trier: 0651 991 952-90



2023

8



Armins Tätigkeitsbericht

Gesundheit und Umwelt - beides gehört zusammen

Liebe Freundinnen und Freunde,

In diesem Jahr konnten wir das offizielle Ende der Corona-Pandemie erleben, sodass sich die Gesundheitspolitik jetzt mit Volldampf ihren vielen regulären Vorhaben und Zielen widmen konnte. Die Folgen des Ukrainekriegs, wie Energiepreiserhöhungen und Inflation, treffen auch die Krankenhäuser hart und sind neben Personalmangel und durch die Corona-Pandemie beschleunigte Fallzahlrückgänge ein Faktor für die sehr schlechte finanzielle Lage vieler Krankenhäuser; dies hat bereits zu einigen Insolvenzen geführt, u. a. bei den fünf DRK-Krankenhäusern in RLP. Mit 6 Milliarden € hat der Bund den Krankenhäusern schon unter die Arme gegriffen und gerade auch für Verbesserungen im Ausgleich der Gehälter der Pflegekräfte im Wert von mehreren Milliarden € gesorgt. Dafür haben wir Grüne uns starkgemacht.

Die Krankenhausreform hat Fahrt aufgenommen, im Juli wurden Eckpunkte zwischen Bund und Ländern vereinbart, seither schreibt das Bundesministerium zusammen mit 4 Ländern an dem Gesetzesentwurf. Mit einer sogenannten Vorhaltevergütung werden wir die bedarfsnotwendigen Krankenhäuser finanziell stabilisieren und den Leistungsdruck in den Kliniken verringern. Geplant wird zukünftig nach Leistungsbe-
reichen wie zum Beispiel Schlaganfallmedizin, nicht mehr nach Betten. Die Leistungsbereiche werden mit Qualitätsvorgaben versehen. Ambulant-stationäre Zentren sollen die Versorgung gerade im ländlichen Raum stärken und Bürokratie wird abgebaut. So sichern wir eine qualitätsvolle Versorgung in der Fläche.

Die Verhandlungen zwischen Minister Lauterbach und den Landesminister*innen konnte ich begleiten und freue mich auf die weitere Arbeit am Gesetzesentwurf. Ich bin optimistisch, dass wir Anfang 2024 zu einer Einigung kommen werden. Die Transformation der Krankenhauslandschaft wird viel Geld kosten, genauso wie der klimaneutrale Umbau unseres Gesundheitswesens, das für ca. 5-6 % der deutschlandweiten Emissionen verantwortlich ist – das habe ich fest im Blick. Als ersten Schritt haben wir gerade das Krankenhaustransparenzgesetz beschlossen, das Patient*innen, aber auch Ärzt*innen einen besseren Überblick über die medizinischen Angebote, die Personalausstattung und Qualitätsmerkmale der Krankenhäuser gibt. Darin enthalten sein werden auch erstmals Zahlen zu den Ärzt*innen in einem Krankenhaus, welche für die Krankenhausreform als Datengrundlage benötigt werden.

In meinem Zuständigkeitsbereich sind wir außerdem in der Vorbereitung eines Versorgungsgesetzes mit Fokus auf den ambulanten und sektorenübergreifenden Bereich. In diesem Gesetzesvorhaben sollen u. a. die für uns Grünen so wichtigen Gesundheitsregionen zur verbesserten Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, Gesundheitskioske und Primärversorgungszentren geregelt werden. Ich freue mich darauf. Zwei interfraktionelle Gruppenanträge zum Thema Suizidhilfe und -prävention sind im Sommer gescheitert. Ich setze mich deswegen für einen neuen Gruppenantrag ein, weil dieses wichtige Thema einer Regelung bedarf. In zahlreichen Veranstaltungen habe ich zur Krankenhausreform und zu anderen gesundheitspolitischen Themen gesprochen und bin in engem Austausch mit allen wichtigen Gesundheitsstakeholdern im Bund und in RLP. Mit Josef Winkler habe ich im Gespräch mit Krankenkassen und Expert*innen ein Konzept für das Präventionsprojekt in RLP erarbeitet, das auf unsere Initiative hin im Koalitionsvertrag .



Veranstaltung zur Krankenhausreform im Westerwald

recht bin ich auch mit den Themen Geothermie und Kohlenstoffspeicherung (CCS) befasst, was mich in engeren Kontakt mit den Klimadebatten in der Fraktion bringt und auch häufigere Plenumsreden ermöglicht. In der Chemikalienpolitik setze ich mich für die Regulierung der Ewigkeitschemikalien PFAS und für die Reform der Chemikalienverordnung REACH auf europäischer Ebene ein. In einer Reform des Chemikaliengesetzes haben wir gerade ein Vergiftungsregister zur besseren Erfassung von Vergiftungsfällen in Deutschland beschlossen. Auch im Bereich Bergrecht und zur Chemikalienpolitik pflege ich mit zahlreichen Umweltverbänden engen Kontakt.

Im Wahlkreis tausche ich mich regelmäßig mit Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen aus, besuche Betriebe, v. a. Betriebe der chemischen Industrie und soziale Einrichtungen, biete eine Bürgersprechstunde und öffentliche Veranstaltungen an, zuletzt zur Klimaanpassung, zum Gebäudeenergiegesetz und zur allgemeinen politischen Lage. Das Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz fördert Projekte wie Moorvernässung, Stärkung der Wälder, Begrünung in Städten u. a.; hier setze ich mich für Projekte in meiner Region ein.

Euer
Armin



armin.grau@bundestag.de
armin.grau.wk@bundestag.de

Berlin: 030 227 71282
Limburgerhof: 06236 5005123

Konzept für das Präventionsprojekt in RLP erarbeitet, das auf unsere Initiative hin im Koalitionsvertrag enthalten ist. Meine Sommertour hat mich 2023 zu Krankenhäusern und anderen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen im Westerwaldkreis und im Kreis Altenkirchen geführt. Hier konnte ich viele wichtige Informationen und Eindrücke mitnehmen.

Seit einem Jahr habe ich auch einen Vollsitz im Umweltausschuss. Hier bereite ich zusammen mit einigen Mitstreiter*innen eine Reform des überkommenen Bergrechts vor, etwas, was mir seit dem Beginn eines Ölförderprojekts in meiner Verbandsgemeinde vor rund 10 Jahren sehr wichtig ist. Im Bergrecht müssen Klima- und Umweltschutz sowie Bürgerbeteiligung gestärkt werden. Durch meine Zuständigkeit für das Berg-



Besuch bei den Ökumenischen Sozialstationen im Rhein-Pfalz-Kreis mit Kordula Schulz-Asche, MdB, Berichterstatterin zum Thema Pflege- und Altenpolitik

2023

11



Misbahs Tätigkeitsbericht

Wir sind der inhaltliche Motor der Koalition

Als Halbzeitbilanz kann ich für mich feststellen: Wir GRÜNEN sind und bleiben der inhaltliche Motor in dieser Koalition. Wir kämpfen dafür, unser Land voranzubringen. Unter großem Druck von außen und innen haben wir dabei immer wieder um die besten Lösungen gerungen. Dabei leisten wir ein unvorstellbares Pensum – das kostet Kraft, macht aber auch ungeheuer viel Spaß. Vor allem, wenn man in seinen eigenen Themen immer weiter vorankommt und tatsächlichen Einfluss auf die Gestaltung unserer Politik haben darf:

Ein Einwanderungsrecht, das seinen Namen verdient

Deutschland ist ein Einwanderungsland – für dieses Bekenntnis setze ich mich im Bundestag entschieden ein, auch in migrationspolitisch schweren Zeiten. Migration ist eine Konstante der Menschheitsgeschichte, die wir vorausschauend und realistisch gestalten müssen. Es braucht klare Kante gegen alle Versuche, das Thema populistisch aufzuladen, Migrant:innen zu diffamieren und dem Wirtschaftsstandort Deutschland zu schaden.

Schon heute ist der Personalmangel in Deutschland gravierend: Wenn wir es nicht schaffen, Arbeitskräfte aus dem Ausland nachhaltig vom Leben und Arbeiten in Deutschland zu überzeugen, kommen wir schon in einem Jahrzehnt in die Situation, dass uns schlichtweg das Personal fehlt, um Solaranlagen zu installieren, unsere Kinder zu unterrichten oder den Bus zu fahren.

Aus diesem Grund haben wir in der Koalition das Einwanderungsrecht reformiert. Dabei war ich als Bericht-erstatte-rin federführend für die Verhandlungen zuständig, bei denen wir sehr gute GRÜNE Ergebnisse erzielt haben. Mit schlankeren Verfahren, dem Spur- und Zweckwechsel, der Ausbildungsduldung als Aufenthaltstitel und der Ausweitung der Westbalkanregelung konnten wir progressive Punkte durchsetzen, die sogar über den Koalitionsvertrag hinaus gehen.

Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen

Rechtsextremer Hass und Hetze sind allgegenwärtig. Rechtsextremist:innen, Reichsbürger:innen und Verschwörungsideolog:innen gehen dabei strategisch vor, um unsere wehrhafte Demokratie systematisch zu schwächen. Wer sich den rechtsextremistischen und rassistischen Positionen annähert, legitimiert die daraus resultierende Gewalt.

Der Kampf gegen den erstarkenden Rechtsextremismus liegt mir besonders am Herzen. Dabei verfolge ich als zuständige Bericht-erstatte-rin einen strategischen Dreiklang aus parlamentarischen Initiativen, intensivem Austausch mit Ministerien und Behörden, sowie stichhaltiger Öffentlichkeitsarbeit. So habe ich mich beispielsweise erfolgreich dafür eingesetzt, die Planungen für ein NSU-Dokumentationszentrum weiter voranzubringen, die weitere NSU-Aufarbeitung zu intensivieren und rechtsextreme Bestrebungen, wie etwa das „Zentrum Rheinhessen“ in Mainz, der breiten Öffentlichkeit bewusst zu machen.

Auf dem Weg zur digitalen Verwaltung

Eine digitale Verwaltung hat das Potential, das Verhältnis zwischen Bürger:innen und Staat grundlegend zu verändern. In einem digitalen Staat kann die Verwaltung zum Beispiel proaktiv an Fristen erinnern oder Sozialleistungen automatisch auszahlen, sobald sie den Berechtigten zustehen. Damit uns das gelingt, setzen wir uns für eine umfassende Nutzung von Open-Source bei der Entwicklung von IT-Lösungen für die Verwaltung sowie für eine konsequente Ende-zu-Ende-Digitalisierung ein – vom Antrag bis hin zum behördlichen Bescheid.

Als zuständige Berichterstatterin habe ich in den Verhandlungen mit unseren Koalitionspartnern erreicht, dass wir bei elementaren Projekten, wie etwa der Registermodernisierung und dem Onlinezugangsgesetz, endlich vorankommen und dabei auf ein hohes Maß an Datenschutz und IT-Sicherheit setzen, damit die persönlichen Daten aller Bürger:innen sicher sind.

Das sogenannte Datenschutzcockpit, welches wir hierfür etabliert haben, dient als Blaupause für weitere Gesetzesvorhaben. Damit haben wir den Schutz von persönlichen Daten nachhaltig verbessert.

Rheinland-Pfalz im Blick

Neben meiner inhaltlichen Arbeit in Berlin, ist es meine Verantwortung, für euch in Rheinland-Pfalz da zu sein, Regierungshandeln zu erklären und mit den Menschen in unserem Bundesland ins Gespräch zu kommen. Dieser Austausch ist zentral für meine Arbeit. Daher hat es mich besonders gefreut, in meiner Sommertour – gemeinsam mit vielen von euch - kreuz und quer durch das Land zu fahren. Dabei ging es um die ganze Bandbreite, von Verwaltungsdigitalisierung über Bahnlärm hin zum Kampf gegen Rechtsextremismus.

Darüber hinaus ist es mir wichtig, regelmäßig Veranstaltungen durchzuführen, z.B. zu innenpolitischen Themen, aktuellen politischen Ereignissen, oder alternative Angebote, wie Formate für Neumitglieder.

Wir brauchen starke GRÜNE Stimmen, im Bund, im Land und in unseren Kommunen. Besonders freut es mich daher, wenn ich meine Ressourcen einsetzen kann, um uns GRÜNE im Land zu stärken und zu unterstützen. Das war zuletzt mit verschiedenen Workshops, insbesondere zum Umgang mit Rechten, erfolgreich.

Eure Misbah

Missah Khan



misbah.khan@bundestag.de
mibah.khan.wk@bundestag.de

Berlin: 030 227 72963

Bad-Dürkheim: 0178 9621872

2023

12



Karte Wahlkreise



2023

13

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

